

Tipps für Schwangere

ZIKA-VIRUS Der Gynäkologenverband rät schwangeren Frauen von Reisen in Endemiegebiete mit dem Zika-Virus ab. Und nach einer Reise sei dieser noch längere Zeit im Sperma nachzuweisen.

Der Gynäkologenverband hat Empfehlungen veröffentlicht, um Schwangere und ihre ungeborenen Kinder vor dem Zika-Virus zu schützen. Er rät von Reisen in ein Zika-Virus-Endemiegebiet ab. Sei diese unumgänglich, so sei vorgängig eine ausführliche Reiseberatung notwendig, schreibt die Schweizerische Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe. Dabei sollte insbesondere der optimale Schutz vor Mückenstichen besprochen werden.

Falls ein Paar, das sich im Endemiegebiet aufgehalten habe, eine Schwangerschaft anstrebe, sollten mindestens drei Menstruationszyklen abgewartet werden, bei symptomatischer Zika-Erkrankung sogar sechs Monate. Weil das Virus im Sperma bis zu 62 Tage nachgewiesen werden konnte, erfordere auch ein Aufenthalt des Mannes in Zika-gebieten eine sechsmonatige Wartezeit.

Falls sich der Partner einer schwangeren Frau in einem Endemiegebiet aufgehalten hat, sollte bis zum Ende der Schwangerschaft bei sexuellem Kontakt ein Kondom verwendet werden. Schwangere, die an einer Zika-Virus-Infektion erkrankten, müssten durch einen Facharzt für fetomaternale Medizin untersucht und behandelt werden. Sie müssten unbedingt in einem spezialisierten Zentrum betreut werden.

Die Gynäkologen weisen darauf hin, dass die Infektion in den meisten Fällen harmlos verläuft. Selten komme es zu unspezifischen, milden Krankheitssymptomen. Bei Schwangeren hingegen könne eine Zika-Virus-Infektion zu Fehlgeburt, Frühgeburt, Wachstumsverspätungen und fetaler Mikrozephalie führen sowie zu Gehirn- und Augenfehlbildungen und Hörminderung beim Kind. *sda*

Mandate offenlegen

LOBBYISTEN Im Bundeshaus soll bald mehr Transparenz herrschen beim Lobbying. Die vorbereitende Kommission des Ständerats will klare Regeln.

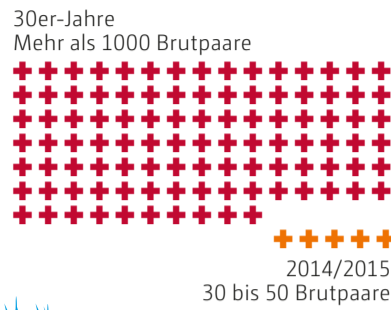
Für Lobbyisten im Bundeshaus sollen neue Regeln gelten. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates hat eine weitere parlamentarische Initiative zu diesem Thema gutgeheissen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Es handelt sich um einen Vorstoss des früheren Nationalrats und heutigen Ständerats Andrea Caroni (FDP, AR). Er verlangt, dass Lobbyisten mit Zutrittskarte zum Bundeshaus im öffentlichen Register nicht nur das Public-Affairs-Unternehmen angeben müssen, für das sie tätig sind, sondern auch die Mandate, für die sie aktiv sind.

Die Kommissionen von National- und Ständerat hatten sich zuvor schon dafür ausgesprochen, dass sich Lobbyisten künftig akkreditieren lassen müssen. Sie hiessen einen Vorstoss des SP-Ständerates Didier Berberat (NE) gut. Nun können die Gesetzesarbeiten beginnen. Die Ständeratskommission will eine Vorlage ausarbeiten, die beide Vorstösse berücksichtigt. *sda*

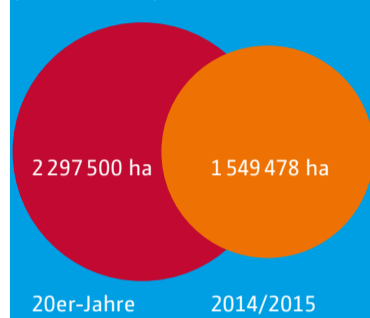
Landwirtschaft gestern und heute

Weniger Bauern ernähren heute mehr Menschen

Wachtelkönig als typischer Wiesenbewohner
(von den artenreichen Wiesen gingen 95 Prozent verloren)



Gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche und Alpweiden
(ab 1922/1924)



Moorfläche



Offene Ackerfläche



* teuerungsbereinigt, zudem stützten höhere Zollschränken als heute die Preise deutlich

Selbstversorgungsgrad brutto

Der Anteil der Schweizer Landwirtschaft an der Versorgung der Bevölkerung (Selbstversorgungsgrad brutto) ist dank grossen Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen

ungefähr stabil geblieben. Netto liegen die Werte jedoch knapp zehn Prozent tiefer. Die Differenz machen die importierten Futtermittel für die Tierhaltung aus.

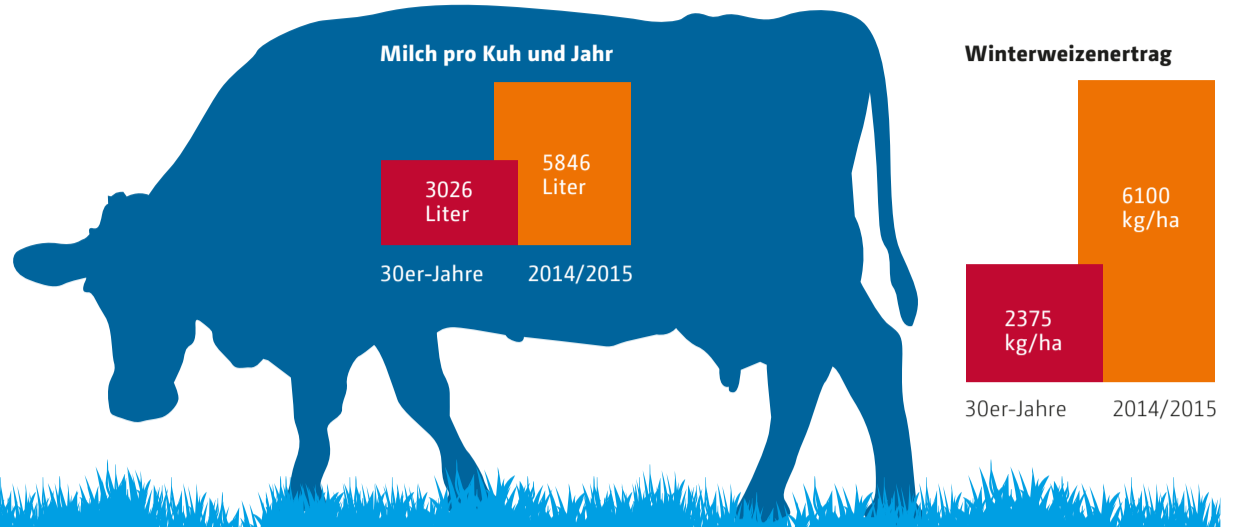
30er-Jahre

58%

2014/2015

60%

Grafik nach Quellen: BFS, Agristat, Swissgranum, Historischer Vogelatlas, Siegfriedkarten



Staatliche Unterstützung pro Jahr *

30er-Jahre
573
Millionen Franken

2014/2015

3667
Millionen Franken

Gesamtbevölkerung

30er-Jahre
ca. 4,1 Millionen

2014/2015
ca. 8,3 Millionen

Anzahl Beschäftigte in der Landwirtschaft

30er-Jahre: 835 880 Personen

2014/2015: 155 184 Personen

Richtungskampf geht in Runde zwei

LANDWIRTSCHAFT Die Schweizer Bauern sind in der Bevölkerung populär. Mit ihrer jüngsten Volksinitiative wollen die Bauern daraus nun politisches Kapital schlagen. Ernährungssicherheit steht im Titel, doch eigentlich geht es um einen Richtungskampf.

Regionale Lebensmittel stehen hoch im Kurs. Der Detailhandel lanciert immer neue Produktlinien. Weil der Konsument sie schätzt und ihnen ein höheres Vertrauen entgegenbringt, ist er auch bereit, mehr dafür zu bezahlen. Auf diesem Trend reitet die Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» der Schweizer Bauern, die im September im Ständerat beraten wird (siehe Box).

Gleichzeitig schwingt im Namen der Initiative unterschwellig die Drohung mit, die Versorgung mit einheimischen Lebensmitteln sei gefährdet. Anfänglich sollte gar mit einer Prozentzahl festgelegt werden, wie hoch der Anteil der Selbstversorgung künftig sein soll. Davon nahmen die Initianten schliesslich Abstand, lassen aber weiterhin keinen Zweifel daran,

dass die produktive Landwirtschaft gestärkt werden müsse.

Stabile Selbstversorgung

Über die vergangenen Jahrzehnte steigerte die Schweizer Landwirtschaft ihre Produktivität und Effizienz laufend, wie ein Vergleich des heutigen mit dem Zustand vor achtzig Jahren illustriert (siehe Grafik). Diese Entwicklung veränderte die Landschaft. Die vielfältigen Wiesen von einst, die damals genug Futter für das Vieh lieferten, sind

Indirekt wendet sich die SBV-Initiative gegen die Agrarpolitik 2014–2017.

heute zu 95 Prozent verschwunden. Heutige Wiesen müssen viel mehr hergeben, damit Kühe die geforderte Leistung erbringen können. Mit solchen Massnahmen vermögen die Bauern den Anteil an der Lebensmittelversorgung für eine mittlerweile doppelt so zahlreiche Bevölkerung zu halten – parallel dazu stieg auch die finanzielle Unterstützung durch den Staat.

Ungeliebte Agrarpolitik

Noch sind die Möglichkeiten für Effizienzsteigerungen nicht ausgereizt, wie Agrarexperten des Bundesamts für Landwirtschaft jeweils aufzeigen. Gleichzeitig weisen sie auf Nebenwirkungen dieser intensiven Produktion hin. Die neue Agrarpolitik 2014–2017, die 2013 vom Schweizer Parlament gutgeheissen wurde, will diese etwas eindämmen. Staatlich unterstützt werden seit 2014 vermehrt gemeinwirtschaftliche Leistungen und weniger die Produktion.

Indirekt wendet sich die Volksinitiative des Bauernverbands gegen diese Neuausrichtung. Vor zwei Jahren schluckten die Bauern die Kröte, um ihr oberstes Ziel nicht zu gefährden: eine gleich hohe staatliche Unterstützung. Beim Geld können die Bau-

VIER VOLKSINITIATIVEN

Rekordschnell brachten die Bauern die Unterschriften für ihre **Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»** zusammen. **Und im März sprach sich der Nationalrat überraschenderweise für das Begehren aus.** Im September wird sich nun der Ständerat damit befassen. In der kleinen Kammer dürfte die Initiative nun einen schwereren Stand haben als in der grossen.

Die vorbereitende Kommission des Ständerats vertagte im Juni vorerst die Beratung über das Volksbegehren. Denn Volksinitiativen zur Landwirtschaft ha-

ben weiterhin auf breite Rückenbedeckung zählen. Im Parlament zeichnet sich ab, dass sie weder beim Budget 2017 noch beim Zahlungsrahmen für die nächsten vier Jahre Abstriche hinnehmen müssen.

Christoph Aebischer

ben derzeit Hochkonjunktur. Sie will die drei weiteren hängigen Volksinitiativen rund um die Landwirtschaft in einer Gesamtschau mit jener des Schweizer Bauernverbands beurteilen.

Die weiteren drei Begehren sind die **Fair-Food-Initiative** der Grünen, die **Initiative für Ernährungssouveränität** der Bauerngewerkschaft Uniterre und schliesslich die **Hornkuhinitiative**. Die Kommission gab dazu bei der Verwaltung einen Bericht in Auftrag, den sie an ihrer Sitzung vom Montag besprechen will. *cab*

Economie-Präsident fordert mehr Engagement

WIRTSCHAFT Die Politik müsse wieder für stabile Beziehungen zur EU sorgen, forderten gestern Schweizer Wirtschaftsvertreter.

Die Schweiz stecke nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in einem Dilemma, sagte Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer gestern am Tag der Wirtschaft. Dreissig Monate nach Annahme der Initiative gebe es noch immer keine Lösung für deren Umsetzung.

Bundesrat ist zuversichtlich

Karrer geht davon aus, dass der Brexit, das Votum Grossbritanniens für den Austritt aus der EU, die bereits schwierige Suche nach einer Lösung noch komplizieren



Heinz Karrer referierte am gestrigen Tag der Wirtschaft.

Keystone

wird. Staatssekretär Jacques de Watteville äusserte sich dagegen zuversichtlich. «Sicher, wir kommen in eine delikate Phase, in der sich die Positionen verhärteten. Aber ein Fenster für eine Gelegenheit öffnet sich», sagte der Leiter der Verhandlungen für die Beziehungen der Schweiz mit der EU. Bundespräsident Johann Schneider-Ammann bekräftigte seine Meinung, dass sich eine pragmatische Lösung finden werde. Die Verhandlungen würden fortgesetzt.

Bilateraler Weg ist zentral

De Watteville und Karrer hoben die Notwendigkeit hervor, den bilateralen Weg zu konsolidieren. Denn die bilateralen Verträge hätten einen positiven Einfluss

auf das Wirtschaftswachstum, sagte Karrer. Ohne die Verträge würde das Bruttoinlandprodukt pro Bewohner dieses Landes um 5,7 Prozent tiefer ausfallen, was einem Betrag von 4400 Franken weniger entspreche pro Jahr und Kopf der Bevölkerung.

Karrer fordert die Wirtschaftsvertreter auch auf, sich stärker zu engagieren, wenn sie von einem politischen Projekt betroffen seien oder betroffen sein würden. Er sprach sich für die Unterstützung der Unternehmenssteuerreform III aus. Ein Scheitern hätte gravierende wirtschaftliche Folgen und würde zu hohen Steuerausfällen führen. Gewinnsteuereinnahmen über einen Betrag von 5,3 Milliarden Franken wären gefährdet, sagte er weiter. *sda*